

<u>Protokoll</u>

über die 43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel am Dienstag dem 26.09.2017, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 21:02 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester Herr Jörg Keller Herr Michael Schernikau Herr Norbert Weller

Vorsitzender

WSI:

Herr Joachim Funck Frau Birgit Neumann-Rystow

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn Frau Sophia Jacobs-Emeis

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich Herr Olaf Wuttke

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dieter Strüven

Seniorenbeirat:

Frau Christel Grunsdorf Herr Bruno Helms Vertreterin für Hr. Helms

Jugendbeirat:

Frau Vivian Müller

Protokoll der 43. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses vom 26.09.2017

Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

Verwaltung:

Herr Jürgen Brix Fachdienst Ordnung und Einwohnerservice

Herr Karl-Heinz Grass Fachdienstleiter

Frau Elisabeth Hoppe Fachdienst Stadt-und Landschaftsplanung Fachdienst Stadt-und Landschaftsplanung Herr Fred Niemann Frau Gisela Sinz-König Fachbereichsleiterin Bauen und Umwelt

Frau Nicole Wiese Schriftführerin

Gäste:

Herr Mirco Bachmeier LÄRMKONTOR GmbH, Hamburg

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Stephan Schwartz

WSI:

Frau Ingrid Paradies

SPD-Fraktion:

Herr Rüdiger Fölske

Jugendbeirat:

Herr Morten Liebert

Es sind bis zu 15 Zuschauerinnen und Zuschauer und 2 Pressevertreter anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Schernikau beantragt, für den Punkt 12 die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Antrag

wird mit 12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen angenommen.

Herr Schernikau verpflichtet für den Planungsausschuss das stellvertretene bürgerliche Mitglied Herrn Dutsch nach § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten sowie Verschwiegenheit und führt diesen in sein Amt ein.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 42. Sitzung vom 05.09.2017
- 4.) Vorstellung der Lärmkartierung nach EG-Umgebungslärmrichtlinie durch Herrn Bachmeier, Lärmkontor GmbH Hamburg
- 5.) Städtebauliche Entwurfsaufgabe für "Wedel Nordwest"
- 6.) Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von tidebeeinflussten Lebensräumen im Bereich der Wedeler Au
 - 6.1 Vorstellung der Studie durch Herrn Niemann, Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung
 - 6.2 Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von tidebeeinflussten Lebensräumen im Bereich der Wedeler Au Vorlage: BV/2017/109
- 7.) Verkehrssituation Gnäterkuhlenweg Vorlage: BV/2017/102
- 8.) Zusammensetzung der Arbeitsgruppe ÖPNV
- 9.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 9.1 Mündlicher Sachstandsbereicht der Verwaltung
- 10.) Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 10.2 Sonstiges
- 11.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 12.) Mitteilungen und Anfragen
 - 12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 12.2 Sonstiges
- 13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Lieske vom ADFC stellt 5 Fragen:

- 1. Wurde das strategische Ziel aus der BV/2017/033/1 neu formuliert? Herr Schernikau gibt dazu an, dass ihm keine Neuformulierung bekannt sei.
- 2. Was empfehlen Sie Radfahrern, die verbotenerweise auf dem Gehweg der Industriestraße fahren?

Herr Schernikau führt dazu aus, dass eine entsprechende Lösung auf sich warten lässt. Derzeit müssen die Radfahren absteigen und auf dem Gehweg schieben.

- 3. Was empfehlen Sie Radfahrern, die derzeit vom Rathaus in die Schulstraße verbotenerweise auf dem südlichen Gehweg fahren?
 Auch in diesem Fall gibt Herr Schernikau an, dass die Radfahrer absteigen und weiterschieben müssen.
- 4. Gibt es die Möglichkeit einen autofreien Sonntag zu initiieren? Der Vorschlag wird als Anregung aufgenommen und weiter im Planungsausschuss besprochen. Es müssen diesbezüglich Gespräche mit dem HVV geführt werden.
- 5. Unter dem Tagesordnungspunkt 7 soll die Verkehrssituation des Gnäterkuhlenweges beraten werden. Was bedeutet in diesem Sachverhalt eine unechte Einbahnstraße? Wird es bezüglich des Gnäterkuhlenweges eine separate Regelung für den Radverkehr geben?

Der Vorsitzende bittet diesbezüglich die Beratung des Tagesordnungspunktes abzuwarten.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat und der Seniorenbeirat haben nichts zu berichten. Der Umweltbeirat berichtet, dass die letzte Sitzung wie angekündigt auf dem Bauhof stattgefunden hat. Die Ergebnisse werden demnächst publiziert.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 42. Sitzung vom 05.09.2017

Unter dem TOP 8.1 wird die Aussage von Herrn Burmester wie folgt geändert: Herr Burmester sieht es ein wenig anders. Er sieht keine Notwendigkeit in der Einrichtung der Arbeitsgruppe, auch wenn in dieser Verbesserungsmöglichkeiten und Probleme aufgezeigt werden können.

Das Protokoll der 42. Sitzung wird mit dieser Änderung mit 10 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen genehmigt.

4.) Vorstellung der Lärmkartierung nach EG-Umgebungslärmrichtlinie durch Herrn Bachmeier, Lärmkontor GmbH Hamburg

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bachmeier von dem Büro Lärmkontor GmbH. Herr Bachmeier stellt die Lärmkartierung nach EG-Umgebungslärmrichtlinie vor.

Herr Eichhorn möchte wissen, ob er es richtig verstanden hat, dass die Bahn die Lärmkartierung für ihren Bereich selber vornimmt und ob diese Werte bei der vorgestellten Lärmkartierung mit einbezogen sind.

Herr Bachmeier führt aus, dass die Bahn diese eigenständig durchführt und die Werte bei der vorgestellten Lärmkartierung nicht mit berücksichtigt sind. Ebenfalls sind die Werte des Schiffs- und Flugverkehrs nicht mit berücksichtigt.

Herr Hagendorf findet die Präsentation sehr interessant, da sich der Umweltbereit derzeit mit den entstehenden Lärm durch Gartengeräte beschäftigt. Er möchte gerne wissen, ob nur der Verkehrslärm einbezogen wurde oder auch weiterer Bau- und Gartengerätelärm berücksichtigt wurde.

Herr Bachmeier führt dazu aus, dass die Lärmkartierung aufgrund der EG-Umgebungslärmrichtlinie durchgeführt wurde. Die Richtlinie umfasst nur die Hauptlärmquellen und keinen Nachbarschaftslärm.

Bei einer Umrechnung auf 24 Stunden sieht Herr Wuttke bei dem Nachbarschaftslärm ein Problem. Er möchte wissen, ob die Werte der Bahn, des Schiff- und Flugverkehrs zusammengefasst werden. Gibt es die Möglichkeit ein vollständiges Bild mit allen Lärmquellen zu erhalten?

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Fluglärmkartierung von Hamburg veröffentlicht wird. Besteht die Möglichkeit der Lärmaddierung?

Herr Bachmeier stellt klar, dass verschiedene Lärmquellen nicht addiert werden können. Lediglich gleiche Lärmquellen können addiert werden. Bei kurzfristigen Lärmspitzen über 55 Dezibel reicht es nicht aus um eine Erhöhung zu erzielen.

Der Vorsitzende sieht den Wandel bei dem Thema Lärm ebenfalls als wichtig an, grade auch den Nachbarschaftslärm. Er hat Verständnis für die entstehenden Beeinträchtigungen, sieht jedoch auch den Messzeitraum als kritisch an. Wenn eine Straße zu unterschiedlichen Zeiten gemessen wird, werden unterschiedliche Werte erzielt. Der Vorsitzende bedankt sich nochmals für die Präsentation.

5.) Städtebauliche Entwurfsaufgabe für "Wedel Nordwest"

Der Vorsitzende stellt klar, dass es sich bei dem Plangebiet zunächst um eine Grundlage für eine Erweiterung handelt. Der Fokus der Beratungen liegt zunächst auf dem Gebiet "Wedel Nord".

Die Verwaltung stellt die städtebauliche Entwurfsaufgabe vor. Es werden voraussichtlich 5 unterschiedliche Entwürfe von den Studenten der Fachhochschule Lübeck entwickelt. Die Modelle sollen im Februar 2018 vorgestellt werden. Am 20.10.2017 werden die Studenten die Fläche besichtigen. Die Aufwandentschädigung wird etwa 2.500 € betragen.

Der Vorsitzende findet die Unterlagen sehr ausführlich.

6.) Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von tidebeeinflussten Lebensräumen im Bereich der Wedeler Au

6.1.) Vorstellung der Studie durch Herrn Niemann, Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung

Herr Niemann stellt die Ergebnisse der von der Stiftung Lebensraum Elbe beauftragten Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von tidebeeinflussten Lebensräumen im Bereich der Wedeler Au vor.

Herr Niemann weist zunächst darauf hin, dass sich die Inhalte der Machbarkeitsstudie aus den Vorgaben des "Integrierten Bewirtschaftungsplan für das Elbeästuar" (abgestimmter Managementplan für die europäischen Schutzgebiete der Unterelbe) entwickeln und dass nach Satzung der Stiftung keine Ausgleichsmaßnahmen finanziert werden dürfen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation.

Herr Schumacher hat bezüglich der Studie ein paar Fragen und Anregungen.

- 1. An vielen Stellen sollen Teiche angelegt werden. Ist dies möglich, da viele Flächen der Kirche oder privaten Personen gehören
- 2. Der Bebauungsplan 76 wurde in der Studie nicht berücksichtigt.
- 3. Wie verhält es sich mit dem Wasserhaushalt in der Marsch? Betrifft dies auch das Kiebitzvogelschutzgebiet?
- 4. Die Batavia sollte stärker mit einbezogen werden. Unter anderem die Fläche an der alten Kaimauer, die Wassertreppe und die Slipanlage.
- 5. Koalition mit Hamburg bezüglich der Ausgleichflächen. Wenn genügend Flächen vorhanden sind, sollte die Möglichkeit einer Umsetzung genutzt werden.

Herr Wuttke bittet darum mit der Studie ausgestattet zu werden. Dies ist von Seiten der Verwaltung kein Problem. Er möchte die Entscheidung in der nächsten Sitzung treffen, da er wie Herr Schumacher noch einige Punkte vermisst hat und würde diese gerne ergänzt haben. Herr Schernikau bringt dazu noch an, dass auch in seiner Fraktion einige Fragen bestehen. Wie sieht es zum Beispiel mit den Nutzungskombinationen zwischen Naturschutz und Brückenverbindungen aus? Er möchte wissen, ob bei der Beschlussvorlage ein Zeitfenster besteht um die Ergänzungen in die Studie mit aufzunehmen?

Herr Niemann stellt klar, dass die Studie eine gutachterliche Stellungnahme ist und nicht ergänzt werden kann. Grundsätzlich werden seitens des Fachdienstes in der Studie keine Hindernisse gesehen, die Wedeler Planungen im Bereich der Wedeler Au behindern könnten. Dies bezieht sich insbesondere auf gewünschten Verbesserungen der Erlebbarkeit durch neue Brücken oder die Wiederherstellung der Treppenanlage bei der Batavia. Eine finanzielle Beteiligung der Stiftung an diesen Investitionsvorhaben der Stadt Wedel ist sehr unwahrscheinlich, da das Ziel der Stiftung Lebensraum Elbe die Verbesserung der Tidelebensräume ist.

Die Umsetzung von Maßnahmen der Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der Tidelebensräume im Bereich der Wedeler Au und die Bereitstellung von hierfür nötigen Finanzmitteln erfolgt auf Beschluss vom Stiftungsbeirat der Stiftung Lebensraum Elbe. Die Stiftung möchte aber nur Maßnahmen mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Gemeinden umsetzen.

Da es für größere Maßnahmen, die zur Veränderung des Gewässerkörpers führen, Ausführungsplanungen sowie Behördenabstimmungen und Genehmigungen bedarf, werden natürlich auch die zuständigen Wedeler Ausschüsse informiert und beteiligt. Dieser Sachverhalt trifft auf allgemeine Zustimmung.

Frau Sinz-König bietet an, dass über die Beschlussvorlage abgestimmt wird und der Stiftung die Anmerkungen mitgeteilt werden.

Herr Ulbrich möchte wissen, ob die Ansiedlung des Schierlingswasserfenchels Sinn macht, wenn dieser doch so empfindlich ist und das Elbwasser zunehmend versalzt. Herr Niemann gibt dazu an, dass ja genau dies Inhalt der Studie ist an der auch Herrn Obst ein anerkannter Spezialist für den Schierlingswasserfenchel beteiligt ist. Demnach sei die Ansiedlung in Wedel durchaus sinnvoll. Derzeit muss jedoch noch abgewartet werden, bis die Sanierung des Sperrwerkes abgeschlossen ist.

6.2.) Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von tidebeeinflussten Lebensräumen im Bereich der Wedeler Au Vorlage: BV/2017/109

Der Vorsitzende trägt die Beschlussvorlage vor. Er sieht die vorgestellten Maßnahmen als beispielhaft an.

Herr Wuttke bittet die unter Punkt 6.1. aufgeführten Punkte an die Stiftung weiterzuleiten, um dies in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, die Stiftung Lebensraum Elbe zu bitten, die in der Machbarkeitsstudie vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen wie

- Abbau von Defiziten und Beeinträchtigungen wie alte Schlengelanlagen
- Bekämpfung des invasiven Neophyten Japanischer Flügelknöterich
- Sanierung des südlichen Uferabschnittes der Hetlinger Binnenelbe im Bereich des Brückenbauwerks Langer Damm
- Ansaat / Anpflanzung des Schierlings-Wasserfenchels, Optimierung von Uferzonen
- Erweiterung von Flusswattbereichen als Ansiedlungsorte für den Schierlings-Wasserfenchel
- Erweiterung und Neuschaffung von tidegeprägten Ufer- und Prielstrukturen
- Entwicklung von Weichholz-Auenwald
- Entfernung von Hybrid-Pappeln, Pflanzung von Baumweiden
- Optimierung des Grabensystems und Anlage von Flachgewässern.

7.) Verkehrssituation Gnäterkuhlenweg Vorlage: BV/2017/102

Der Vorsitzende trägt die Beschlussvorlage vor.

Herr Eichhorn hat Verständnis für den Wunsch nach ruhigem Wohnen und wenig Straßenverkehr. Auf der Straße befinden sich 8 Hindernisse, die ein zu schnelles Fahren verhindern. Es besteht auch keine Möglichkeit, dass zwei LKW's aneinander vorbeikommen. Er ist gegen die Durchfahrt von LKW's. Eine Sperrung der Straße würde zu einer Verlagerung auf den Moorweg führen. Hierbei sei zu bedenken, dass im

Protokoll der 43. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses vom 26.09.2017

Gnäterkuhlenweg 30 Einfamilienhäuser stehen. Auf den Ausweichstrecken stehen vorwiegend Mehrfamilienhäuser. Herr Eichhorn führt nochmals den Vergleich zu einer ähnlichen Situation mit der Stadt Hamburg an, wo es um die Entwidmung des Wespenstieges ging. Er zitiert aus einem Brief des Bürgermeisters an die Stadt Hamburg "Als öffentliches Wohl ist das Gemeinwohl zu betrachten, dieses ist immer vor das Interesse eines Einzelnen bzw. vor das einer Gruppe zu setzten. Diesen Grundsatz sehe ich hier verletzt. Eine Entwidmung von Teilstücken des Wespenstieges entspricht lediglich dem Interesse einer Einzelgruppe." In der Schließung des Gnäterkuhlenweg sieht Herr Eichhorn diesen Grundsatz verletzt.

Herr Schumacher sieht dies ähnlich. Aufgrund der Metropolregion besteht in Wedel ein höheres Pendleraufkommen. Die Anwohner haben kein Recht "auf Stille wie am Waldrand". Eine Verlagerung auf eine Straße, die auch noch als Schulweg genutzt wird, kann er nicht unterstützen.

Herr Hagendorf sieht die Maßnahme auch nicht als zielführend an. Eine Umverteilung führt auch zu mehr Immissionen in der Stadt. Wer in einer Stadt wohnt, muss den Straßenverkehr mittragen und dies nicht nur an der Hauptstraße.

Herr Burmester sieht dies ähnlich wie Herr Eichhorn. Demnach hätten alle Bürger ein Recht auf ruhiges Wohnen. Was soll denn geschehen, wenn im nächsten Ausschuss andere Anwohner einer Straße mit der gleichen Bitte vorsprechen. Eine Verlagerung kann er nicht begrüßen, da sonst auf einen Schulweg umgeleitet werden würde.

Herr Wuttke sieht den Sachverhalt differenzierter. Er glaubt nicht, dass durch eine Schließung des Gnäterkuhlenweges der gesamte Verkehr über den Moorweg nach Norden fährt. Er sieht eher eine Verlagerung in die S-Kurve Pinneberger Straße / Breiter Weg. Die Pendler würden dann durch das Autal fahren. Herr Wuttke stellt zwei Varianten vor.

- 1. Die Maßnahme sollte auf ein halbes Jahr auf Probe angelegt werden. Während dieser Zeit sollen Zählungen an den anderen Brennpunkten durchgeführt werden. Danach sollen die entsprechenden Anwohner eingeladen und es soll die aktuelle Situation beraten werden.
- 2. Die Einrichtung einer Fahrradstraße soll geprüft werden. In dieser gelte die Begrenzung auf 30Kilometer pro Stunde. Bei dieser Einrichtung sollten natürlich ebenfalls Messungen und Überprüfungen stattfinden.

Herr Hagendorf gibt an, dass eine Fahrradstraße den Verkehr beruhigen kann. Herr Strüven fragt, zu welchem Preis eine Verlagerung stattfinden soll. Er sieht in der Verlagerung auf den Schulweg keine Möglichkeit. Die Pendler an die Grundschule vorbei zu schicken und die Kinder zu gefährden, steht in keinem Verhältnis zu dem Wunsch der 30 Anlieger auf ruhiges Wohnen.

Herr Funck schließt sich den Ausführungen von Herrn Eichhorn an und wiederspricht denen von Herrn Wuttke.

Frau Jacobs-Emeis hinterfragt die Idee von Herrn Wuttke. In diesem Fall müssten nach den Messungen im Anschluss der Breite Weg geschlossen und wieder gemessen werden. Und dann machen wir das mit allen weiteren Straßen. Diesen Vorschlag sieht sie als nicht umsetzbar an

Der Vorsitzende erläutert, dass dieses Thema schon seit einigen Jahren immer wieder aufgegriffen wird. Zunächst wurde eine Lösung erarbeitet, die mit den 8 Hindernissen umgesetzt wurde. An Herrn Wuttke gewandt stellt der Vorsitzende die Fragen, ob der 1. Vorschlag als Antrag zu sehen ist und darüber abgestimmt werden soll. Herr Wuttke beiaht dies.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung der Grünen "auf ein halbes Jahr zur Probe" abstimmen. Der Antrag der Grünen wurde mit 2 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt im Anschluss über die ursprüngliche Beschlussvorlage BV/2017/102 abstimmen.

Der Ausschuss lehnt mit 0 Ja / 11 Nein / 2 Enthaltungen ab.

8.) Zusammensetzung der Arbeitsgruppe ÖPNV

Herr Schernikau bittet um Benennung von Vertretern der Fraktionen für die Arbeitsgruppe "ÖPNV". Herr Rüdiger wird die SPD vertreten, sein Vertreter ist Herr Eichhorn; Herr Schumacher die FDP, Vertreterin Frau Koschorrek; Herr Strüven DIE LINKE; Herr Keller die CDU, Vertreter Herr Dutsch.

Die WSI und die Grünen werden über den Fraktionsvorsitz eingeladen und entsenden dann ein Mitglied.

Herr Helms fragt nach, ob die Beiräte auch in der Arbeitsgruppe vertreten sind. Die Verwaltung führt aus, dass dies geübte Praxis sei und auch weitere Fachgremien

9.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

9.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Es gibt keinen neuen Sachstand.

eingeladen werden.

10.) Mitteilungen und Anfragen

10.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Herr Grass berichtet, dass die Planungskosten für die Bahnhofstraße im Ausschuss am 07.11.2017 mitgeteilt werden.

Die Arbeitsgruppe Wohnungswirtschaftlicher Dialog soll noch einmal abschließend tagen. Frau Jacobs-Emeis bitte um Teilnahme des Bereiches Soziales.

10.2.) Sonstiges

Herr Eichhorn fragt nach, warum bei dem Bauvorhaben Tinsdaler Weg / Galgenberg die 30 % sozialer Wohnraum nur auf die 50 neuen Wohnungen und nicht auch auf den Ausbau der 20 Dachgeschosswohnungen berechnet wurden.

Die Verwaltung führt dazu aus, dass dies planungsrechtlich nicht möglich sei, da es sich bei den 20 Dachgeschosswohnungen nur um einen Ausbau von bereits vorhandenem Dachraum handelt.

Herr Wuttke möchte Informationen zu der geplanten Neubebauung Körner bekommen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Informationen nur erteilt werden, soweit ein Neubau nicht mit dem Bebauungsplan übereinstimmt. Sollte dieser Sachverhalt zutreffen, wird der Ausschuss informiert.

Frau Sinz-König führt dazu an, dass der Antrag geprüft wird.

Herr Wuttke möchte den aktuellen Stand zu dem Radfußweg Wedeler Au wissen.

Protokoll der 43. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses vom 26.09.2017

Die Verwaltung gibt an, dass mit den betroffenen Eigentümern Kontakt aufgenommen und eine einvernehmliche Lösung für die Bodensondierung gefunden wurde. Die erforderlichen Bodensondierungen für das geplante Brückenbauwerk können jetzt durchgeführt werden. Herr Schumacher bittet darum, wenn zukünftig Bauvorhaben durch Änderung nicht mehr durch den Ausschuss genehmigt werden müssen, darüber unterrichtet zu werden. Es kam zu vermehrten Anfragen, wo ihm der aktuelle Stand nicht bekannt war. Frau Sinz-König versichert, dass die Verwaltung die Möglichkeit der Weitergabe prüft. Herr Burmester bittet die Verwaltung die Gestaltungsmöglichkeiten für die Einrichtung einer Fahrradstraße darzustellen.

11.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.

Es liegen keine Einvernehmen vor.

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss hat in der nichtöffentlichen Sitzung nichts beschlossen.

	gez. Michael Schernikau		
	Vorsitzender	Nicole Wiese Schriftführerin	
Datum der Unterschrift			